

Luzern, Schwyz, Zug

Grosse Sprünge trotz der Krise

Der Kanton Luzern will seine komfortable Finanzlage nutzen, um in den nächsten Jahren mehrere hundert Millionen Franken zu investieren. Schwyz wartet wegen der Corona-Pandemie mit weiteren Steuersenkungen zu. Zug hat zur Bewältigung der Krise für drei Jahre den Steuerfuss herabgesetzt.

Von Stefan Gyr

Klotzen statt kleckern: So scheint die Devise des Kantons Luzern zu heissen. Der Regierungsrat plant so grosse Investitionen wie noch nie. Hunderte Millionen Franken will er in den nächsten Jahren ausgeben. Auf dem Seetalplatz in Emmen plant er für 177,4 Millionen Franken ein neues Verwaltungsgebäude. Mindestens 112 Millionen Franken soll das neue Sicherheitszentrum in Rothenburg kosten. In Reussbühl und Sursee werden die Kantonsschulen für insgesamt 77 Millionen Franken erweitert, und in Luzern werden Pläne für ein neues kantonales Museum und ein neues Gerichtsgebäude gewälzt.

195 Millionen Franken fliessen in die Renaturierung und den Hochwasserschutz an der Reuss, wenn das Stimmvolk dem Projekt seinen Segen erteilt. Auch die Kleine Emme soll für rund 165 Millionen Franken renaturiert werden. Grosse Vorhaben stehen auch auf der Strasse an: der Ausbau der Lammschlucht im Entlebuch für 26 Millionen, eine neue Strasse im Ränggloch zwischen Kriens und Littau für 53 Millionen und die Umfahrung Beromünster für 60 Millionen Franken.

Übernimmt sich der grösste Zentralschweizer Kanton nicht? «Wir können das alles finanzieren», sagte der Luzerner Finanzdirektor Reto Wyss (CVP) im Mai vor den Medien. Der Kanton Luzern stehe finanziell solide genug da, um sich mehrere grosse Investitionen leisten zu können. Zudem könnten mit den Infrastrukturprojekten der Wirtschaft Impulse verliehen und die Steuereinnahmen gesteigert werden. Der Kanton Luzern hat sich laut Wyss zum Ziel gesetzt, trotz der Corona-Pandemie weder Sparpakete zu schnüren noch

die Steuern zu erhöhen. Er will aber bei den Ausgaben Disziplin üben, strukturelle Defizite verhindern und gleichzeitig an den Investitionen festhalten. Dass dies finanzpolitisch aufgeht, liegt gemäss Wyss an der Schuldenbremse. Dank dieser Fiskalregel werde das Eigenkapital erhalten, und die Schulden würden auf ein tragbares Niveau begrenzt.

Reserven von 455 Millionen

Die Verantwortlichen weisen auch auf die drei guten letzten Jahresabschlüsse hin. Der Kanton ist derzeit schuldenfrei. Ende 2020 verfügte Luzern über ein Nettovermögen von 134,8 Millionen Franken. Das Ausgleichskonto war mit 455 Millionen Franken gefüllt. Damit können unerwartet

«Die Regierung hat die auszuzonende Fläche sehr zurückhaltend berechnet.»

Lukas Bühlmann, Gutachter

schlechte Jahresabschlüsse aufgefangen werden. Der Spielraum bis zur Schuldenbremse betrug Ende 2020 über 722 Millionen Franken. Trotz der Neuverschuldung, die die Investitionen mit sich bringen würden, sinkt diese Reserve gemäss den heutigen Prognosen bis 2034 nie unter 220 Millionen Franken. Leisten kann sich der Kanton Luzern die Ausgaben auch, weil sie netto häufig nicht so hoch ausfallen wie veranschlagt. Strassenprojekte wie der

Ausbau der Lammschlucht werden zum Beispiel über Spezialfinanzierungen abgebucht. An der Renaturierung und dem Hochwasserschutz an der Reuss beteiligt sich der Bund zu 80 Prozent.

Auch durch das Coronajahr 2020 ist der Luzerner Staatshaushalt locker gekommen. Bei einem Aufwand von 3,8 Milliarden wies die Rechnung einen Ertragsüberschuss von 212,5 Millionen Franken aus. Die letzten Gewinne in dieser Höhe wurden 2007 und 2008 erwirtschaftet. Das Budget hatte ein Plus von 11,2 Millionen Franken vorgesehen. Die Hauptgründe für das bessere Ergebnis waren einmalige Mehreinnahmen wie die höhere Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von 96 Millionen Franken. So konnte der Kanton auch die Zusatzbelastungen wegen der Corona-Krise auffangen. Allein die Sofortmassnahmen schlugen mit 31 Millionen Franken zu Buche. Gleichzeitig beliefen sich die Mindererträge bei den Steuern auf fast 36 Millionen Franken.

Wirtschaft zeigt sich robust

Für dieses Jahr geht eine erste Hochrechnung der Luzerner Regierung von einem deutlich besseren Abschluss aus als erwartet. Hatte das Budget ein Defizit von

49,8 Millionen in Aussicht gestellt, wird jetzt mit einem Ertragsüberschuss von 3,1 Millionen Franken gerechnet. Einer der Hauptgründe: Die Staatskasse wird durch die Corona-Pandemie weniger stark belastet als angenommen. Deren finanzielle Auswirkungen beziffert die Regierung auf 137,1 Millionen Franken. Zudem habe sich die Wirtschaft robuster gezeigt als befürchtet. Das schlage sich in den Steuererträgen nieder. Die Erträge liegen bei den Unternehmenssteuern fast 88 Millionen Franken über dem Budget.

Bei den natürlichen Personen ist man bei den Steuereinnahmen auf Budgetkurs. Zusätzlich schüttet die Nationalbank 128 Millionen Franken mehr aus als erwartet. Das auf 185 Millionen veranschlagte Investitionsvolumen kann mit 162 Millionen Franken voraussichtlich erneut nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden. Als Gründe nennt die Kantonsregierung Projektverzögerungen, Einsparungen und personelle Engpässe.

Für rote Köpfe sorgt im Kanton Luzern die Strategie der Regierung für die Auszonung überdimensionierter Bauzonen. Um die Zersiedelung einzudämmen und das Kulturland zu schützen, müssen in der Schweiz zu grosse Bauzonen verkleinert

werden. Das verlangt das revidierte Raumplanungsgesetz des Bundes (RPG), das die Schweizer Stimmberechtigten 2013 angenommen haben. Im Kanton Luzern sollen nach dem Willen der Regierung rund tausend Grundeigentümer in 21 Gemeinden insgesamt 67 Hektaren Bauland auszonieren. Das Vorgehen des Regierungsrats ist aber auf harsche Kritik gestossen. Betroffene Gemeinden und Grundeigentümer wehren sich gegen die ihrer Meinung nach zu strenge Auslegung des Raumplanungsgesetzes. Viele Gemeinden sehen auch ihre kommunale Planungshoheit verletzt.

Neubeurteilung gefordert

Im Luzerner Kantonsrat überwies eine Mehrheit aus CVP, FDP und SVP ein Postulat, das die Regierung aufforderte, die kantonale Rückzonungsstrategie einer Neubeurteilung zu unterziehen. Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement gab darauf ein externes Gutachten in Auftrag. Der Befund: Der Kanton ist keineswegs streng oder gar zu streng. Vielmehr habe die Regierung die auszuzonende Fläche sehr zurückhaltend berechnet. So habe sie ein hohes Bevölkerungswachstumsszenario gewählt, was die Zahl der Auszonungen und der betroffenen Gemeinden

Auf dem Seetalplatz in Emmen will der Kanton Luzern für 177,4 Millionen Franken ein neues Verwaltungsgebäude bauen.



vermindere. Dazu gewähre sie einen dreiprozentigen Bonus auf den Rückzonungsflächen, um Unschärfen der Berechnung zu begegnen, und wende Verhältnismässigkeitskriterien an, die klar über die Überlegungen des Bundesgerichts hinausgehen.

Gutachter Lukas Bühlmann, ehemaliger Direktor des Schweizer Raumplanungsverbands Espace Suisse, spricht von einem pragmatischen Vorgehen des Kantons. Er fordert die Gemeinden etwa auf, für Rückzonungen auch Parzellen ins Auge zu fassen, für die aktuell rechtskräftige Baubewilligungen oder Sondernutzungsplanungen vorliegen. Aus kantonaler Sicht müssen diese Flächen nur ausgezont werden, falls die Bewilligung ungenutzt abläuft.

SP, Grüne und GLP haben sich hinter die kantonale Rückzonungsstrategie gestellt. Sie erklären, die Regierung und die Gemeinderäte müssten einen Volksauftrag umsetzen. Ein Komitee aus den Reihen von SP, Grünen, GLP, CVP, EVP und Umweltschutzverbänden setzte sich zusätzlich mit den beiden sogenannten Kulturlandschaft-

Luzern	2019	2020
Bevölkerung	413 120	416 281*
Bevölkerungswachstum	0,9 %	0,8 %*
Leerwohnungen	1,51 %	1,50 %
Fläche in km ²	1493,3	

Schwyz	2019	2020
Bevölkerung	160 480	162 135*
Bevölkerungswachstum	0,8 %	1,0 %*
Leerwohnungen	1,44 %	1,30 %
Fläche in km ²	908,0	

Zug	2019	2020
Bevölkerung	127 642	128 774*
Bevölkerungswachstum	0,6 %	0,9 %*
Leerwohnungen	0,42 %	0,70 %
Fläche in km ²	238,7	

Quelle: Bundesamt für Statistik / provisorische Zahlen



Talkessel von Schwyz: Der Kanton schreibt trotz Corona tiefschwarze Zahlen.

Initiativen gegen die Zersiedelung und für den Erhalt des fruchtbaren Bodens im Kanton Luzern ein. Das Stimmvolk lehnte die Initiativen Ende vergangenen Jahres klar ab. Stattdessen folgte es der Regierung und der Parlamentsmehrheit und befürwortete einen Gegenvorschlag. Die Stimmberechtigten sprachen sich damit für einen besseren Schutz der unverbauten Landschaften und Fruchtfelder aus. Der Schutz des Bodens wird aber weniger stark gewichtet als von den Initianten gefordert. Der raumplanerische Spielraum bleibt damit grösser. Die Initiativen hätten es praktisch verunmöglicht, rechtmässig als Bauland eingezonte landwirtschaftliche Nutzflächen zu überbauen.

Schwyz in «sehr guter Verfassung»

Auch Schwyz hat der Krise getrotzt. Die Rechnung 2020 des Tiefsteuerkantons schloss bei einem Aufwand von 1,6 Milliarden mit einem Ertragsüberschuss von 97,3 Millionen Franken ab. Das Budget hatte ein Minus von 3,3 Millionen Franken vorausgesagt. Nach dem sechsten positiven Resultat in Folge befindet sich der Staatshaushalt in einer «sehr guten Verfassung», erklärte die Kantonsregierung. Als Hauptgründe für die Rechnungsverbesserung um 100,6 Millionen Franken nennt sie höhere Einnahmen bei der Grundstückgewinnsteuer sowie bei den Einkommens- und Vermögenssteuern aus den Vorjahren. Zudem hat die Nationalbank 49,6 Millionen statt der erwarteten 12,4 Millionen Franken an den Kanton ausgeschüttet. Auf der Auf-

wandseite hat Schwyz die Budgetvorgaben trotz Corona-Effekten eingehalten und zum Teil unterschritten.

Die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Staatshaushalt bleiben gemäss dem Regierungsrat vorerst verkraftbar. Insgesamt hat der Kanton in diesem Jahr bisher weitere Massnahmen im Umfang von rund 30 Millionen Franken beschlossen – vorwiegend für Härtefallzahlungen für die Schwyzer Wirtschaft. Die Steuererträge sind trotz der Pandemie bisher nicht eingebrochen.

Der Voranschlag für dieses Jahr weist ein Defizit von 0,3 Millionen Franken aus bei einem stabilen Aufwand von 1,6 Milliarden Franken. Im Vergleich zum letzten Budget rechnet der Regierungsrat mit zwei massgeblichen Verbesserungen. So soll der Kantonsanteil am Reingewinn der Nationalbank um 37 Millionen Franken höher ausfallen. Um rund 20 Millionen auf 199,3 Millionen Franken abnehmen dürfte dagegen der Schwyzer Beitrag an den Nationalen Finanzausgleich. Das alles verpufft allerdings im Budget, weil die Corona-Krise zu Steuerausfällen im Umfang von geschätzten 40 Millionen Franken oder umgerechnet rund 10 Steuerfussprozenten führen dürfte.

In den Jahren 2022 bis 2024 sind gemäss dem Aufgaben- und Finanzplan Ertragsüberschüsse von 2,3 bis 9,2 Millionen Franken zu erwarten. Das Eigenkapital dürfte bis Ende 2024 auf 485 Millionen Franken anwachsen. Da die weiteren Auswirkungen der Pandemie unklar sind, will

die Regierung den Steuerfuss vorerst nicht weiter senken. 2019 wurde der Steuerfuss der natürlichen Personen bereits um 10 Prozent herabgesetzt. Und Ende vergangenen Jahres nahm der Schwyzer Kantonsrat den regierungsrätlichen Gegenvorschlag zur Mittelstandsinitiative der SVP an, der untere und mittlere Einkommen und Familien mit Kindern jährlich um insgesamt 8,2 Millionen Franken entlastet. Die Nettoinvestitionen werden für dieses Jahr auf 52,8 Millionen und für 2022 bis 2024 auf 81,5 bis 99,5 Millionen Franken veranschlagt.

Erholung erst 2022 erwartet

Die Schwyzer Wirtschaft werde sich in diesem Jahr mit einem Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) von drei Prozent im Vergleich zum Schweizer Durchschnitt «voraussichtlich unterdurchschnittlich entwickeln», heisst es in der Wirtschaftsprognose der Schwyzer Kantonalbank. Eine vollständige Erholung von der Covid-19-Krise sei erst 2022 zu erwarten, wobei eine starke Baukonjunktur hilfreich sein werde. Die Verluste der Baubranche seien im Vergleich zur Gesamtwirtschaft etwas weniger gross. Regional werde die Erholung vor allem durch die Ausserschwyzer Bezirke angetrieben.

Demgegenüber sehen sich laut der ersten Ausgabe des kantonalen Wirtschaftsbarometers 89 Prozent der Unternehmen in einer stabilen oder sehr stabilen Lage. Nur ein Prozent schätzt die eigene Lage als sehr kritisch ein. 51 Prozent der Firmen

rechnen mit einer Steigerung ihres Umsatzes in diesem Jahr. Besonders hoch ist dieser Anteil mit 71 Prozent bei der Finanz- und Versicherungswirtschaft. Bei den Life Sciences rechnen sogar alle Unternehmen mit einer Zunahme des Umsatzes. Entsprechend den guten Aussichten wollen 77 Prozent der Schwyzer Unternehmen ihre Investitionen in den nächsten Monaten konstant halten oder sogar erhöhen. Das hat Folgen für die Beschäftigung: 21 Prozent der Unternehmen wollen die Zahl ihrer Mitarbeitenden erhöhen. Nur 11 Prozent gehen von weniger Angestellten aus.

Zug verbucht Rekordgewinn

Der Kanton Zug senkt zur Bewältigung der Corona-Krise für drei Jahre den Steuerfuss. Das Stimmvolk befürwortete im März die Reduktion mit einem Ja-Stimmenanteil von 66,4 Prozent. Konkret wird der Steuerfuss für die Steuerjahre 2021 bis 2023 von 82 auf 80 Prozent herabgesetzt. Zusätzlich werden die Steuerzahler durch eine ebenfalls befristete Erhöhung der persönlichen Abzüge und einen dauerhaften Ausbau des Mieterabzugs entlastet. Linke Kreise hatten gegen die Steuersenkung das Referendum ergriffen. Es handle sich um eine «Mogelpackung» und um einen als Corona-Massnahme getarnten Steuerdeal. Die Regierung verwies auf die höheren Prämienverbilligungen, mit denen die Steuersenkung sozial abgedeckt werden soll. Da die Senkung des Kantonssteuerfusses und die Erhöhung der persönlichen Abzüge befristet seien, heize man den Steuerwett-

bewerb nicht an und treibe auch die Mietpreise nicht in die Höhe. Gut einen Monat vor dem Urnengang legte zudem Finanzdirektor Heinz Tännler (SVP) einen provisorischen Rechnungsabschluss für 2020 vor, der einen Rekordgewinn in Aussicht stellte.

Tatsächlich erzielte Zug einen Überschuss von 285,5 Millionen Franken bei einem Aufwand von 1,5 Milliarden Franken. Das ist der bisherige Höchstwert in der Geschichte des Kantons. Das Budget hatte ein Plus von 148,7 Millionen Franken vorgesehen. Zu diesem Gewinn sprung beigesteuert hat der um 85,3 Millionen Franken gestiegene Anteil des Kantons an der direkten Bundessteuer. Dies war eine Folge der Steuer- und AHV-Vorlage (Staf), die Anfang 2020 in Kraft trat. Stark zu Buche geschlagen haben dabei gemäss der Kantonsregierung Sondereffekte, die nicht voraussehbar gewesen seien. Dabei gehe es um Firmen, die im grossen Stil Immaterialeigentümer- und Beteiligungsrechte veräusserten und den Standort in Zug ausbauten. Zudem fiel die Gewinnausschüttung der Nationalbank mit 39,5 Millionen Franken vier Mal höher als erwartet aus.

«Fantastisch» entwickelt haben sich gemäss dem Regierungsrat auch die Steuererträge. Dies liege am krisenresistenten Branchenmix bei den Unternehmen, den wohlhabenden natürlichen Personen, dem Zuzug von Fachleuten sowie dem Bevölkerungswachstum im Kanton Zug. Auch auf den Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen von 547,1 Prozent dürfte manche

neidvoll blicken. Der Kanton glänzt zudem durch eine hohe Liquidität. Das Finanzvermögen beträgt rund 2,4 Milliarden Franken, das Eigenkapital 1,3 Milliarden Franken. Und das alles fünf Jahre nach schmerzlichen Sparrunden und einer drohenden Steuererhöhung.

Für dieses Jahr weist der Voranschlag trotz der Pandemie ein Plus von 31,8 Millionen bei einem Aufwand von 1,5 Milliarden aus. Wegen der beschlossenen Entlastungsmassnahmen wird mit Mindereinnahmen bei den Steuerträgen von gut 50 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr gerechnet. Zudem dürfte der Kantonsanteil an den Bundessteuern um gut 52 Millionen Franken abnehmen. Für 2022 rechnet die Regierung mit einem Defizit von 4 Millionen Franken. Bereits im Jahr darauf soll der Kanton wieder einen Ertragsüberschuss von 13,6 Millionen und 2024 sogar ein Plus von knapp 80 Millionen Franken erwirtschaften.

Hohe Liquidität trotz Investitionen

Bis 2024 will Zug für verschiedene Projekte tief in die Tasche greifen. So für den Stützpunkt der Zugerland Verkehrsbetriebe (ZVB) sowie voraussichtlich für die Umfahrung Cham-Hünenberg und weitere Strassenbauten. Die Investitionen steigen auf bis zu 150 Millionen Franken im Jahr. Sie können nach Angaben der Kantonsregierung ohne Fremdverschuldung finanziert werden, schlagen allerdings auf die Liquidität. Diese bleibe aber auch mit diesem Investitionsvolumen hoch.

«Der Kanton Zug ist und bleibt ein Erfolgsmodell», schwärmte ein SVP-Vertreter im Kantonsrat. Gemäss dem neusten Standortranking der Credit Suisse (CS) ist Zug auch das attraktivste Pflaster für Unternehmen in der Schweiz. Der Zentralschweizer Kanton hat den ersten Platz zurückerobert, den er vorübergehend an Basel-Stadt verloren hatte. Der Wechsel an der Spitze war erwartet worden, weil Zug die früher beschlossene Senkung der Unternehmenssteuern inzwischen umgesetzt hat. Der Vorsprung von Zug auf Basel-Stadt ist allerdings gering. Mit einigem Abstand folgen Zürich und Genf. Ebenfalls klar überdurchschnittliche Resultate erreichen die Kantone Aargau, Schwyz und Nidwalden. Das Mittelfeld führt Luzern an. Neben der Steuerattraktivität berücksichtigte die CS in ihrem Ranking auch die Erreichbarkeit – das heisst vor allem die Verkehrsanbindung – und die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften. ■



In Zug soll ein neuer Stützpunkt für die Zugerland Verkehrsbetriebe (ZVB) entstehen.